

# Eine konstruktive Näherung in sieben grunderneuernden Punkten

Nach dem „Plan A“ wird nun am „Plan E“ gearbeitet. Bundeskanzler Kern lässt nach seinem Maßnahmenprogramm für Österreich jetzt über Europa nachdenken. Nicht wiederzuerkennen wäre das Land, wenn nicht die ÖVP auch „Vorschläge für einen Kurswechsel der EU“ erarbeitet. Vorerst getrennt natürlich.

Von **Thomas Roithner**

Thomas Lehmann



Bundeskanzler Christian Kern bei der Präsentation des „Plan A“ in Wels.

In des Kanzlers Plan A gelang das bemerkenswerte Kunststück, die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik gänzlich zu umschiffen. Obwohl der Plan A vorgab, für „Sicherheit & gute Laune“ zu sorgen. Das legitime ÖVP-Stichwort „Kurswechsel“ sei hier aufgegriffen, um in sieben konstruktiven friedenspolitischen grunderneuernden Punkten die Basis zu legen, damit die EU wirklich einen Friedensnobelpreis verdient.

Katastrophen und Kriege haben seit dem vermeintlichen Ende der geopolitischen Konfrontation 1989 dafür gesorgt,

dass sich die Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik der EU „weiterentwickelt“ hat. „Weiterentwickelt“ sagen Politikermehrheiten, Militärs und die Rüstungsindustrie. Eine „Militarisierung“ und „Versicherheitlichung“ belegen kritische Stimmen. Der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg 1999 der NATO hat beinahe zeitgleich zur Herausbildung einer 60.000 SoldatInnen starken EU-Eingreiftruppe geführt.

Offen bleibt bis heute: Darf und wird die EU künftig auch völkerrechtswidrig Krieg führen und warum soll Putin auf dieser Basis nicht auch auf der Krim einmarschieren?

9/11 in den USA brachte auch auf dieser Seite des Atlantiks das sensible Verhältnis von Freiheit und Sicherheit erheblich durcheinander. Die Ablehnung des Nizza-Vertrages durch Irland – die einzige Volksabstimmung zu diesem Vertrag – war ein ausschlaggebender Punkt, um ein sicherheitspolitisches Kerneuropa auf den Weg zu bringen. Zielsetzung: Erleichterung von EU-Militäreinsätzen.

Die Terroranschläge von London und Madrid ließen die Verteidigungsagentur – vorher ehrlicherweise Rüstungsagentur genannt – losarbeiten und kaum eine Krise vergeht, anlässlich der nicht eine Euro-Armee gefordert wird.

Eine sozialdemokratische Konsequenz aus dem Brexit war die Forderung nach einem europäischen FBI und einem schlagkräftigen militärischen deutsch-französischen Kerneuropa. Und mit den Flüchtlingen aus Syrien, Somalia, Irak oder Afghanistan kommt ein Sicherheitspaket nach dem anderen. Beinahe jede Krise brachte unverhältnismäßig viel „Versicherheitlichung“, Aufwertung des Militärs und Überwachung, jedoch viel zu wenig Krisenprävention und ziviles Krisenmanagement. Krisen durch die Brille des Militärs zu betrachten und dementsprechend zu handeln, zeitigt also auch eine Reihe von Kollateralschäden.

### Außenpolitik

Die EG-Kommission erklärte 1995 anlässlich des Beitritts der Neutralen Österreich, Finnland und Schweden, dass die Neutralität „Probleme aufwirft“. Die neuen EG-Mitglieder gesellten sich zu Staaten, von denen einige einen an Neokolonialismus erinnernden Außenpolitikstil pflegen. Dazu kamen später mit der Osterweiterung Länder, die – mit Blick nach Osten – schneller in die NATO als in die EU wollten.

Ein bunter Strauß von derzeit 28 Außenpolitiken, die mit einer „gemeinsamen Stimme“ sprechen sollten. Zu Flüchtlingen, zu Palästina oder zu Syrien sowie auch zum Kosovo oder zu Atomwaffen zeigt sich, wie das in der Realität funktioniert. Warum soll man diesen 28 nun eine Euro-Armee, einen dicken Auftragsblock für die Rüstungsindustrie und noch mehr rascher einsetzbare globale Interventionstruppen zur Durchsetzung ihrer uneinigen Interessen zur Verfügung stellen? Selbst die Parteigänger einer EU-Militärmacht beantworten dies eher ungern.

KritikerInnen meinen, dass eine Armee und militärische Muskeln eine Außenpolitik nicht ersetzen darf. Im besten Fall ist dies wirkungslos, im schlimmsten Fall gefährlich. Walther Stützle – tätig u.a. als Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium – präzisiert: „Außenpolitische Gedankenfaulheit mit dem Einsatz von Soldaten zu überspielen, ist folgenschwere Unvernunft. Soldaten als Wahlbeschützer



Herman Van Rompuy, Manuel Barroso und Martin Schulz während der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo

auszugeben, aber tatsächlich in eine kriegsähnliche Unordnung zu schicken, ist bar jeglicher Verantwortung.“

Die Globalstrategie der EU aus dem Jahr 2016 hat eine Reihe von Beispielen parat, wenn sie meint: „Unsere Interessen und Werte gehen Hand in Hand“.

Völlig legitime EU-Werte wie Menschenrechte, Armutsbekämpfung, Gleichstellung und Rechtsstaat sind offenbar immer auch gleich nationale Wirtschaftsinteressen oder EU-Ressourceninteressen.

Ebenso Hand in Hand gehen in der EU-Strategie „Soft Power und Hard Power“. Jedenfalls bekräftigt die EU ihr „Interesse an fairen und offenen Märkten“. Während die einen Wohlstand, Fairness und die Verhütung von Konflikten aus dem Dokument herauslesen, sehen andere ein Aufrüstungsprogramm bei den „militärischen Spitzenfähigkeiten“. EU-Militärmacht und EU-Handelsmacht gehen Hand in Hand und bilden je eine Seite der Medaille.

Bereits 2003 bemerkte die EU in ihrer Sicherheitsstrategie: „Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen“. Der Begriff „Verteidigung“ wurde im EU-Kontext zu einem Orwell’schen Begriff und steht nicht selten für militärisches Eingreifen. Das Wort „Krieg“ verschwindet im Allgemeinen – sofern der Westen als Akteur auftritt – aus dem Sprachgebrauch (soweit Donald Trump dies nicht ändert). Stattdessen werden Begriffe wie „militärisches Krisenmanagement“, „Stabilisierungseinsatz“, „Operation“, „peace enforcement“ oder auch die „humanitäre Intervention“ und die „Schutzverantwortung“ gebraucht. Frankreich hat die „Projektion der Kräfte in Operationsgebiete außerhalb der Europäischen Union“ eingeführt. Die politische Wegstrecke von Immanuel Kants „ewigem Frieden“ zur heutigen EU ist mittlerweile nicht nur rhetorisch lang geworden.

Die EU verfolgt den so genannten „kohärenten Ansatz“. Verschiedene Politikbereiche – Handels-, Wirtschafts-, Justiz-,

Militär- oder Entwicklungspolitik – greifen ineinander und sollen effizient funktionieren. Im Grunde ist das ein Mehrwert der EU.

Der Ansatz sagt jedoch nichts über die Richtung der Politik aus. Erstrebenswert sind nicht nur Effizienz, sondern eine friedensfähige Handelspolitik, eine friedensfähige Wirtschaftspolitik und eine friedensfähige Ressourcenpolitik. Die politische Forderung nach „Mehr Europa“ heißt im Bereich Sicherheit heute „Mehr Militär“. Frieden bedeutet jedoch mehr, als militärisch nicht bedroht zu werden.

### **Es ist keine akademische Fingerübung, die Begriffe Sicherheit und Frieden auseinander zu halten**

Sicherheit wird als Zustand beschrieben, in dem sich Individuen oder auch Staaten nicht von ernststen Gefahren bedroht fühlen. „Versicherheitlichung“ bedeutet, den klassischen Sicherheitsinstrumenten – Militär, Gewalt, Rüstung und Mauerbau – überproportionales Gewicht zu geben und in Folge verlieren zivile Möglichkeiten in der Debatte an Bedeutung.

Frieden in seiner umfassenden Bedeutung geht über direkte Gewalt hinaus und schließt auch soziale, wirtschaftliche, ökologische, demokratiepolitische, verteilungspolitische, menschenrechtliche und kulturelle Fragen samt den Gewaltstrukturen mit ein. Die aktuell in Österreich zu beobachtende „Versicherheitlichung“ von unterschiedlichen zivilen, polizeilichen und justiziellen Aufgaben ist ein Beispiel dafür. Soldaten gegen Schlepper, Soldaten an der Grenze, Soldaten gegen Botschaftsbedrohungen, Soldaten gegen Bedrohungen aus dem Internet, Soldatenflugzeuge schieben Flüchtlinge ab, Soldaten übernehmen Häftlingstransporte und Soldaten gegen das, was man für Bedrohung hält. Neue Strukturen, neue Waffen und mehr Geheimdienst. Beim Studium bunter auflagenstarker Tageszeitungen mag der Eindruck entstehen, das Regierungsprogramm wird zur Sicherheitsdoktrin.

### **Auslandseinsätze: Ende der Zivilmacht**

Auslandseinsätze sind ein sichtbares Zeichen der Außen- und Sicherheitspolitik der Union. Die laufenden und abgeschlossenen 33 Einsätze weisen einen zivilen, militärischen oder zivil-militärischen Charakter auf. Der Balkan und Afrika sind die räumlichen Schwerpunkte. Numerisch sind zwei Drittel der Einsätze zivil, ein Drittel sind Militäreinsätze. Über ein Dutzend der zivilen Einsätze hatten bzw. haben ein Personalkontingent von weniger als 100 Personen. Betrachtet man die eingesetzte Personalstärke, so sind rund 75 % Militärs und etwa 25 % Zivile. Das Zivilpersonal besteht zu bedeutenden Teilen aus Polizei. Insgesamt haben die Mitgliedstaaten rund 93.000 SoldatInnen und rund 12.500 ZivilistInnen eingemeldet. Diesbezüglich ist eine enorme Asymmetrie betreffend der zur Verfügung stehenden und der bislang eingesetzt personellen Kapazitäten festzustellen. Zivilmacht sieht anders aus.

Eine parlamentarische Anfrage der Abgeordneten der Grünen Tanja Windbüchler-Souschill zeigt eine unschöne Facette zu den österreichischen Beiträgen. Von der Stärkung der „Zivilmacht EU“ kann nicht gesprochen werden. In die 32 Auslandseinsätze (BMEIA Anfragebeantwortung vom 28.1.2015) hat Österreich 604 Militärs, 53 Personen aus der Polizei, acht aus der Justiz und sechs weitere Personen (Menschenrechte, Gender, politischer Berater, Kabinettschef, Zollbeamtin) entsandt. Von den insgesamt 671 eingesetzten Personen Österreichs entfallen auf den „Zivil“-Bereich 67, also 9,99 %. Ohne Polizei beträgt der Anteil lediglich 2,09 %. Die EU setzte bzw.

setzt knapp 25 % ziviles Personal in den aktuellen wie abgelaufenen Auslandseinsätzen ein. Österreich – anders als in der innenpolitischen Debatte oftmals suggeriert – unterbietet dies und leistet damit mehr Beiträge zu einer Militärmacht als sich diesbezüglich für einen zivilen Paradigmenwechsel zu engagieren. Auch das EU-Parlament stellt fest, „dass – wegen der Tatsache, dass der Schwerpunkt hauptsächlich auf die militärische Dimension der ESVP gelegt wird – im Bereich der zivilen Fähigkeiten und der Konfliktverhütung Fortschritte viel zu langsam erreicht werden“.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU bietet für ursachenorientierte zivile Politik zahlreiche falsche Abzweigungen. Einige EU-Militäreinsätze finden sich im Spannungsfeld der Interessen Deutschlands und Frankreichs. Die Schnittmenge zwischen deutscher „Verantwortung“ und neokolonialem Interventionsgeruch sind hoch umstrittene EU-Militäreinsätze wie jener im Kongo oder im Tschad. Die EU-„battle groups“ trainieren u.a. für Kampfeinsätze in Wüsten, Hochgebirge, Städten und Dschungel. Der Europäische Rat 2009 hat ausdrücklich festgehalten, dass „battle groups-Operationen unter einem Mandat des UN-Sicherheitsrates abgewickelt werden, obwohl Operationen vorstellbar sind, bei denen der UN-Sicherheitsrat nicht als notwendig erachtet wird“. Die EU blinkt Richtung „sozialere EU“ und biegt Richtung Militärmacht ab.

### **Rüstung**

Die Globalstrategie der EU aus dem Jahr 2016 schreibt fest, es „müssen die Mitgliedstaaten Mittel in ausreichender Höhe für Verteidigungszwecke bereitstellen“. Dem EU-Vertrag von Lissabon ist zu entnehmen, die Mitgliedstaaten „verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Die Globalstrategie präzisiert und vertieft: Es „benötigen die Mitgliedstaaten bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen (...). Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten (...) zur Verfügung stehen muss“. Der EU-Gipfel zu Rüstungsfragen 2013 fordert ferngesteuerte Flugsysteme, Luftbetankung und Satellitenkommunikation. Das EU-Parlament legt kurz vorher noch präzisionsgelenkte Munition drauf. Die vormalige hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton, hat dies zeitgleich in einem „Standard“-Kommentar übersetzt: „Wer Frieden will, muss sich rüsten“.

In den letzten Jahren lagen die USA betreffend Exporten konventioneller Waffen an der Weltspitze, gefolgt von Russland und den EU-Staaten. Von den zehn größten Waffenexporteuren lagen fünf in der EU (F, D, GB, E, NL). Noch vor wenigen Jahren waren die EU-Staaten gemeinsam Rüstungsexportweltmeister. Für die entsprechende Agentur zur Förderung von Rüstungsexporten (sog. EU-Verteidigungsagentur) hat die EU jedenfalls nicht den Friedensnobelpreis erhalten. Nicht selten sind EU-Exportinteressen und die EU-Werte (Menschenwürde, Gleichheit oder Freiheit) zwei getrennte Paar Schuhe. Der Umgang mit doppelten Standards spielt bei der Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts eine zentrale Rolle.

In der Rüstungsindustrie westlicher Staaten waren seit 1990 enorme Konzentrationsprozesse zu beobachten. Der sonst so hoch gehaltene freie Markt wird im EU-Rüstungsbereich in Teilen außer Kraft gesetzt. Der Eurofighter lässt grüßen. Staatsschulden zur Erhöhung des Sozialbudgets sind verpönt. Schulden zum Kauf von Waffen werden salonfähig

und entsprechende Ausnahmen werden vielfach gefordert. Die EU macht der Bevölkerung diese Ausgaben über das Arbeitsplatzargument schmackhaft.

US-Präsident Donald Trump fordert von seinen europäischen NATO-Verbündeten erhöhte Militärausgaben (zwei Prozent des BIP). Andernfalls könne die NATO „obsolet“ werden. Für zahlreiche Staaten Europas würde dies beinahe eine Verdoppelung erfordern. Zu den 28 NATO-Staaten gehören 22 EU-Mitglieder. Trump hat angekündigt, das US-Militärbudget um etwa zehn Prozent zu erhöhen und auch die Nuklearkapazitäten „great again“ auszustatten.

Hervorzuheben ist eine von Österreich ganz wesentlich betriebene Initiative zur vollständigen Eliminierung und Abschaffung von Atomwaffen. Außenminister Sebastian Kurz sammelte unter dem „humanitarian pledge“ 127 unterstützende Staaten und große Zustimmung der Zivilgesellschaft. Auf dieser Basis wurde Ende 2016 eine UN-Resolution mit den Stimmen von 123 Staaten angenommen. Bis Juli 2017 soll in zwei Verhandlungsrunden eine Ächtung von Nuklearwaffen vertraglich erreicht werden. Von den EU-Staaten haben nur die neutralen und paktfreien Staaten Österreich, Malta, Irland, Schweden und Zypern die Resolution angenommen. Finnland hat sich der Stimme enthalten. Die EU- und NATO-Staaten haben sich (die niederländische Enthaltung ist die Ausnahme) dagegen ausgesprochen. Bündnisloyalitäten spielen dabei eine bedeutende Rolle. Das EU-Parlament ist hingegen mehrheitlich der Ansicht, die Mitgliedstaaten sollten den Beginn der Vertragsverhandlungen „willkommen heißen“ und entsprechend „konstruktiv teilnehmen“.

### **Hierarchisierung der Nationalstaaten**

Eines der von Jean-Claude Juncker jüngst vorgestellten Szenarien für die gesamte EU – eine mit verschiedenen Geschwindigkeiten in unterschiedlichen Politikbereichen – ist in der Sicherheits- und Rüstungspolitik zumindest am Papier schon weit gediehen, wobei auch eine Lücke zwischen Papier und Praxis klafft.

Im Bereich Sicherheitspolitik ist die Zielsetzung der EU nicht die Überwindung der Nationalstaaten, sondern deren Hierarchisierung. Das sicherheitspolitische Kerneuropa ist dabei ein Beispiel. Der Vertrag von Lissabon kennt betreffend Auslandseinsätze zwei Modelle, nämlich die Beauftragung einer Staatengruppe vom Rat und eine Ständig Strukturierte Zusammenarbeit. Die Kriterien für Kerneuropa sind ausschließlich militärisch oder rüstungsindustriell (Ambitionsniveau für Militäreinsätze, Beteiligung an EU-Rüstungsprojekten, Mindestausgaben pro SoldatIn) definiert. Das Kerneuropa der Sicherheit tritt heute im Kleid der autoritären Vertiefung der EU in Erscheinung. Zivile Komponenten sind dem deutsch-französisch dominierten sicherheitspolitischen Kerneuropa unbekannt. Die politisch Willigen und militärisch Fähigen geben den Ton an, wenngleich es heute für Militäreinsätze die Zustimmung aller EU-Staaten braucht. In der Rüstungsindustrie funktioniert die Zusammenarbeit der Fähigen und Willigen beispielsweise in den Bereichen Drohnen, Weltraum oder Seestreitkräfte.

Der EU-Gipfel zu Rüstungsfragen 2013 dokumentiert, dass sich die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik „in vollständiger Komplementarität mit der NATO“ entwickeln werde. Die EU-Globalstrategie 2016 legt Ähnliches fest: „In Fragen der kollektiven Verteidigung ist und bleibt die NATO der primäre Handlungsrahmen.“ Die Argumente der europäischen

Verbündeten klangen in der Ära Bush junior noch anders.

Obama hat das Rad zurückgedreht und die europäischen Verbündeten taumeln nun mit Trump in die nächste Abhängigkeitskrise anstatt eigene und von den USA deutlich unterscheidbare zivile Merkmale durchzusetzen. Die Neutralen und Paktfreien sind über ihre EU-Mitgliedschaft so eng wie kaum zuvor mit dem US-dominierten Militärpakt NATO verschweißt.

### **„Härtere Bandagen“ – EU-Ressourcensicherung**

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre haben die Armeen der EU-Staaten die Sicherung von Ressourcen auf dem Papier zur militärischen Aufgabe erklärt. Der deutschen Bundeswehr ging es 1992 in den Verteidigungspolitischen Richtlinien um die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“. Die französische oder britische Haltung gilt diesbezüglich traditionell als ebenso wenig zurückhaltend.

Die EU-Sicherheitsstrategie hat 2003 festgestellt, dass die Energieabhängigkeit ein „Anlass zur Besorgnis“ ist. Mit dem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wenn der ehemalige deutsche Energiestaatssekretär Joachim Wuermeling 2006 meinte: „Im globalen Kampf um Energiequellen muss die EU härtere Bandagen anlegen“.

Das EU-Institut für Sicherheitsstudien in Paris hat fiktive Szenarien für Rohstoffkriege unter Beteiligung von 60.000 EU-SoldatInnen entworfen. Bei nicht wenigen Auslandseinsätzen der EU ist der Gedanke der Rohstoffsicherung nicht von der Hand zu weisen. Dazu zählen der Marineeinsatz am Horn von Afrika, die EU-Militäreinsätze in Tschad und Kongo oder auch die Einsätze in Georgien und Libyen.

Mahatma Gandhi wird von der Umwelt- und Friedensbewegung sinngemäß oft mit den Worten zitiert, die Welt hat genug für alle, aber nicht für die Gier von Wenigen. Die globale Unordnung von militärisch ausgetragenen Konflikten und wirtschaftlichen Machtübergängen – gekennzeichnet durch den Bedeutungsgewinn Chinas – begünstigt das Durchbrechen zivilisatorischer Sicherungen. Und letztendlich ist die Abkehr vom fossilen Energiezeitalter nicht nur eine friedenspolitische, sondern auch eine ökologische Frage und eine der Gerechtigkeit. Die Eindämmung des Klimawandels wird – wie Naomi Klein darlegt – nicht möglich sein „ohne die Grundregeln des deregulierten Kapitalismus anzugreifen“.

### **Globale Ordnung und Gewaltverbot**

Die UNO im Allgemeinen und das völkerrechtlich verankerte Gewaltverbot im Besonderen sind für die friedlichen Beziehungen der Staaten von herausragender Bedeutung. Unabhängig davon, ob die Welt amerikanisiert, europäisiert oder sinisiert wird, braucht es akzeptierte Gestalter künftiger wetterfester Ordnungsstrukturen. Die UNO verfügt auf institutioneller Basis über wichtige Ansätze einer umfassenden Friedenspolitik, die weit über den engen Sicherheitsbegriff hinausgehen. Das Umweltprogramm (UNEP), das Entwicklungsprogramm (UNDP) oder das Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) sind nur Beispiele, die nicht nur um die Wirtschaftsinteressen eines Blocks von Staaten kreisen. Aber auch im Sicherheitsbereich ergeben sich im UN-Kontext Möglichkeiten für Abrüstung und Rüstungskontrolle (IAEA, nukleare Teststopporganisation).

Frieden und Sicherheit sind hierzulande zunehmend eine

institutionelle Monokultur geworden. Auch ein Blick in die Österreichische Sicherheitsstrategie zeigt die geschwundene Bedeutung der Vereinten Nationen und die Verengung auf die von der EU gegebenen Grenzen. „ ‚Österreichs Aufbruch nach Europa‘ hat das Engagement in den Vereinten Nationen in den Hintergrund treten lassen“, so Oberst Nikolaus Rottenberger.

Abgesehen vom laufenden OSZE-Vorsitz Österreichs und der Reaktivierung der Organisation im Krieg in der Ukraine trifft der Bedeutungsverlust im Vergleich zur EU auch auf die OSZE zu. Für den Frieden als umfassende Konzeption ist es hilfreich (siehe das Beispiel nukleare Abrüstung), über den Tellerrand der EU zu schauen und sich durch das Korsett der EU nicht beschränken zu lassen. Um keinen falschen Applaus zu bekommen: Zielsetzung ist ein Internationalismus und kein Zurück zum Nationalstaat.

Die UNO ist auch für die Zukunft das global und integrierend wirkende Forum und Entscheidungsgremium. Die aktuellen geopolitischen und geoökonomischen Machtübergänge (BRICS-Staaten, Schanghai-Organisation, Entwicklungsbank oder Asiatische Infrastruktur Investmentbank) benötigen konstruktive Dialogmöglichkeiten auf Basis des völkerrechtlichen Gewaltverbots. Mehr militärische Muskeln werden weder die globale Armut reduzieren, noch das Klima retten oder für mehr Gerechtigkeit sorgen. Beim „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ (Paul Kennedy) wird es kluge Brückenbauer benötigen, die helfen, dass neue Normen in den internationalen Beziehungen auf friedensfähige Weise wirksam werden können.

Im Sinne der Zielsetzung einer demokratischeren Politik und eines sicherheitspolitischen Pluralismus ist es ein Ansatz, die Fokussierung der Außen- und Sicherheitspolitik auf den Staat und seine Akteure (Militär, Diplomatie, Ministerium etc.) zu reduzieren. Gesellschaftliche Akteure sollten über eine Instrumentalisierung hinaus ein Wesensmerkmal außenpolitischen Handelns werden. Der Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel hat den Mehrwert gewaltfreier Interventionen durch die Zivilgesellschaft als „Kluge Macht“ bezeichnet.

### Neutralität und Präventionsagenda

Die Neutralität ist nach dem Völkerrechtler Manfred Rotter „im Kern Ausdruck einer Haltung der Kriegsverweigerung“. Ein Blick in die Geschichte der Neutralität zeigt, dass diese hierzulande stets im internationalen Kontext ausgelegt wurde und nicht als Legitimation für eine Mentalität, deren Blick nur bis zum eigenen Gartenzaun reicht. In Untersuchung der neutralen bzw. paktungebundenen Staaten innerhalb der EU – Schweden, Finnland, Irland, Malta und Österreich – zeigt sich, dass diese in Summe betrachtet stets ihre globale Außenpolitik betont haben, sich für Abrüstung engagierten, aktive Politik im Rahmen der UNO betrieben, sich für Vermittlung und Entspannung einsetzten und den KSZE-Prozess vorantrieben. Zweifellos ist in der heutigen Politik viel davon verloren gegangen.


Die Weiterentwicklung, Erforschung, Erprobung und die Stärkung der institutionellen Basis von zivilen Ansätzen muss auch in der EU vorangetrieben werden.

Vorgeschlagen wird hier ein Ziviles Kerneuropa. Partner innerhalb und außerhalb der EU ergeben sich aus den Aufgabenfeldern: zivile Krisenprävention, Versöhnung, Vermittlungstätigkeit, ziviles Krisenmanagement, Unterstützung und Initiierung von Abrüstung, Begleitung von Friedensprozessen

oder nichtmilitärische Konfliktnachsorge. Dieses Zivile Kerneuropa kann im Sinne eines gesamtstaatlichen Ansatzes begriffen werden: Unterstützung durch die Forschung, Begleitung und Umsetzung auf gleicher Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft und kritische Beobachtung durch die Medien.

Das Österreichische Regierungsprogramm, die Sicherheitsstrategie oder der Leitfaden „Sicherheit und Entwicklung“ räumen der Konfliktprävention einen großen Stellenwert bzw. eine Priorität ein. An einer effektiven Umsetzung mit Strahlkraft scheitert es jedoch. Um ursachenorientierte zivile Prävention effektiv wirksam werden zu lassen, bietet ein breiter Friedensbegriff die Grundlage. Dies schließt Fragen wie globale Verteilungspolitik, faire Wirtschaftsbeziehungen, Armutsbekämpfung, Klima-, Umwelt- oder Energiepolitik mit ein. Die Lösung der miteinander verbundenen Problemkreise ist kein Almosenverteilungsprojekt, sondern liegt im gemeinsamen Interesse. Eine Debatte über die Grenzen des ökonomischen Wachstums hat längst auch China erreicht. In Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, staatlichen Akteuren innerhalb und außerhalb der EU sowie der Zivilgesellschaft ist die Erarbeitung einer umfassenden Präventionsagenda nicht nur ein Mehrwert, sondern auch ein Beitrag gegen neue Zäune und Mauern in und um Europa.

Angesichts des gegenwärtig mancherorts in Frage gestellten Multilateralismus, der Abrüstungsprozesse und des Gewaltverbots, sei hier ein visionärer Vorschlag betreffend des Österreichischen Bundesheeres unterbreitet. Zielsetzung ist die völkerrechtskonformste Armee der Welt. Österreich stellt der UNO und der OSZE 2000 SoldatInnen für UN-mandatierte Aufgaben permanent zur Verfügung. Dies umfasst militärisches Know-how für Abrüstungsmaßnahmen, peace-keeping oder Beobachtungsmissionen.

Österreich trainiert und bezahlt dieses Personal und die UN setzt dieses mit einem defensiven Mandat ein. Begleitet wird dies von einem zivilen Katastrophenschutz und der Einführung eines Friedensdienstes nach dem deutschen Modell. Politisch setzt sich Österreich für eine zivile Präventionsagenda ein. Kein Staat wäre gegenüber der internationalen Gemeinschaft solidarischer. Für den Rest der Armee gilt Immanuel Kants Zielsetzung: „stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören“. Dies ist keineswegs problematisch. Nach Maßgabe des Stifters des Friedensnobelpreises soll man nämlich genau dafür einen Friedensnobelpreis erhalten. 

---

### Literaturtipps:

*Roithner Thomas: Märkte, Macht und Muskeln. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreich und der Europäischen Union, Wien 2017.*

*Roithner Thomas: Schöne Götterfunken? Sicherheitsinteressen, aktive Friedenspolitik, die internationale Unordnung und die militärische Entwicklung der EU, Wien 2015.*

*Roithner Thomas, Gamauf-Eberhardt Ursula (Hg.): Am Anfang war die Vision vom Frieden. Wegweiser in eine Zukunft jenseits von Gewalt und Krieg. Festschrift zum 90. Geburtstag von Gerald Mader, Wien 2016.*

---

**Thomas Roithner** ist Friedensforscher und Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Sein neues Buch „Märkte, Macht und Muskeln. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreich und der EU“ erschien im Februar 2017,

E-Mail: [thomas.roithner@univie.ac.at](mailto:thomas.roithner@univie.ac.at)